

Rats-Update Nr. 14

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 12. Juni 2023

Zum letzten Mal vor der Sommerpause trafen sich die Mitglieder des Duisburger Stadtrates in der Mercatorhalle. Die 118 öffentlichen und 6 nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte ließen eine lange Sitzung (an einem relativ heißen Tag) erwarten.

Wahl einer neuen Dezernentin

An Tagesordnungspunkt 1 stand die Wahl einer neuen Beigeordneten für das „Dezernat für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit, Verbraucherschutz und Kultur“. Der frühere Dezernent Matthias Börger hat die Stadt nach nur einem Jahr wieder verlassen und bekleidet nun eine Stelle im NRW-Umweltministerium. Die „Neue“, Frau Linda Wagner stellte sich in der vergangenen Woche der FDP-Fraktion vor und hinterließ einen guten Eindruck. Zudem leitete sie in Gladbeck bisher ein Dezernat, das einen sehr ähnlichen Zuschnitt hat, wie das Duisburger Dezernat.

Im Vorfeld waren die Grünen in der extra eingesetzten interfraktionellen Findungskommission bestrebt, eine Bewerberin mit grünem Parteibuch durchzusetzen, die die Findungskommission jedoch nicht überzeugen konnte. Zudem sind die Grünen der Meinung, dass sich in der Riege der Duisburger Dezernenten auch immer jemand mit grünem Parteibuch befinden müsse, was SPD und CDU naturgemäß anderes sehen. Aus dieser Sicht ist es sogar überraschend, dass Frau Wagner, die viele Jahre in der Privat-Wirtschaft tätig war, fast alle Fraktionen überzeugen konnte, obwohl sie keiner Partei angehört.

Trotzig stimmten die Grünen gegen sie und ließen in den Medien sogar noch verbreiten, dass sie eine geeignetere Bewerberin gehabt hätten. Alle anderen Fraktionen wählten und gratulierten Linda Wagner, die für die nächsten 8 Jahre gewählt wurde.

IMD wird aufgelöst

Das Immobilien-Management Duisburg (IMD) wurde 2002 als „eigenbetriebsähnliche Einrichtung“ der Stadt gegründet. Alle Immobilien der Stadt (also alle Schulen, Rathäuser, Verwaltungsgebäude, Sportanlagen, etc.) wurden zur Verwaltung und Betreuung der Objekte in diese Institution eingebracht. Die zahlreichen Gebäude sollten nicht mehr individuell durch jedes einzelne Amt betreut, sondern „aus einer Hand“ verwaltet werden. Auch alle Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten, sowie Planung und Bau von neuen Gebäuden, lagen in der Hand des IMD.

Allerdings stellte sich bald heraus, dass es dem IMD massiv an Geld fehlte und die meisten Abläufe im IMD sehr schwerfällig und zeitraubend verliefen. Dennoch 'wurschtelte' man sich viele Jahre lang durch und versuchte, durch mehrere Wechsel an der Spitze des IMD Veränderungen herbeizuführen. Zudem entnahm man immer wieder Teile des Gebäudebestands aus dem Portfolio des IMD und ordnete es anderen Verwaltungseinheiten oder städtischen Gesellschaften zu, wie z.B. die Sportanlagen, Hallenbäder, Veranstaltungshallen, Friedhofsgebäude oder die KiTas.

Nachdem die Stadt in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit der Auslagerung von Bautätigkeiten durch andere Gesellschaften gemacht hat, soll jetzt auch beim IMD nach diesem Schema verfahren werden - mit dem Ziel, das IMD aufzulösen. Als positive Beispiele nannte der Stadtdirektor die erfolgreiche Gründung der Schulbaugesellschaft, einige Planungen durch die DIG durchführen zu lassen oder die Auslagerung aller KiTas in ein sogenanntes Sondervermögen. Nach diesen Vorbildern sollen jetzt alle Gebäudebestände des IMD 'sortiert' und in mehrere „Sondervermögen“ überführt werden (was in diesem Fall nur ein anderes Wort für eine Art Tochter-Gesellschaft darstellt).

Die Verwaltung und Betreuung soll durch die städtischen Gesellschaften DVV, WBD und Gebag erfolgen. Die bisherigen Mitarbeiter des IMD können in die Kernverwaltung oder in die o.g. Gesellschaften wechseln. Zur Zeit sind noch viele Fragen offen und das wurde auch von einigen Ratsmitgliedern kritisiert. Andererseits war man sich einig, dass es nicht so weitergehen könne, wie bisher. Insofern ist der o.g. Vorschlag eine Chance und ein Weg, den man probieren sollte. Die Grünen sahen hier keine positive Entwicklung und stimmten als einzige Fraktion (nach langen Statements) dagegen.

Neue Schöffen gewählt

Die nächsten Tops beschäftigten sich mit der Wahl neuer Schöffinnen und Schöffen für die Amtszeit 2024 - 2028 für die drei Duisburger Amts- und Landgerichte Mitte, Hamborn und Ruhrort. Der Stadtrat schlägt den Gerichten eine Vielzahl von Bewerbern vor, die dann wiederum von den Gerichten ausgewählt werden. Dazu werden an den Gerichten Wahlausschüsse gebildet, in denen Vertrauenspersonen sitzen, die wiederum vom Duisburger Stadtrat gewählt bzw. bestellt werden. Das klingt etwas kompliziert, ist in der Praxis jedoch relativ unproblematisch, da derzeit so viele Schöffinnen und Schöffen gesucht werden, dass letztendlich jeder Bewerber „genommen“ wird, der die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt. Es finden also im gesamten Prozedere keinerlei Diskussionen oder Auseinandersetzungen statt. Ob alle jetzt gewählten Bewerber/innen tatsächlich für das Amt geeignet sind, wird sich im Laufe der Zeit zeigen. Der Ratsbeschluss war einstimmig.

Jahresabschlüsse der städtischen Gesellschaften

Es folgten die Jahresabschlüsse zahlreicher städtischer Gesellschaften, die der Stadtrat bestätigen muss. Die Abschlüsse für das Geschäftsjahr 2022 waren, wie in jedem Jahr, extrem unterschiedlich. Es gibt Gesellschaften, wie z.B. die Revierpark Mattlerbusch mbH oder die Duisburg Kontor GmbH, die immer wieder hohe Zuschüsse benötigen und es gibt Gesellschaften, die relativ hohe Gewinne an die Stadt ausschütten (können), wie z.B. die Wirtschaftsbetriebe mit 6,5 Mio. Euro. Überraschend ist jedes Jahr die relativ niedrige Ausschüttung der Hafan AG, die von über 14 Mio. Euro Gewinn nur 4,2 Mio. an die beiden Gesellschafter „Land NRW“ und „Stadt Duisburg“ ausschüttet. Die Stadt erhält also nur 2,1 Mio. Euro aus einer der umsatzstärksten Gesellschaften. Den Rest benötigt die Hafan AG für den weiteren Ausbau der zahlreichen Logport-Standorte. Da mit der Genehmigung der Jahresabschlüsse auch (fast) immer die Entlastung der Aufsichts- und Verwaltungsräte verbunden ist, und die meisten Fraktionen Vertreter in diesen Gremien haben, gibt es hierbei äußerst selten Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen.

Neue Richtlinien der Kindertagespflege

Neben den städtischen und kirchlichen Kindertageseinrichtungen werden in Duisburg auch zahlreiche Kinder von sogenannten Tagesmüttern in kleineren Tagespflegeeinrichtungen betreut. Das sind private Einrichtungen, die jedoch auch pro Kind und Betreuungsstunde von der Stadt bezahlt werden. Nach rund 13 Jahren war es an der Zeit, die Vergütungssätze zu erhöhen. Allerdings zeigt die Stadt sich hierbei relativ geizig, denn die derzeitigen Sätze werden demnächst (durchschnittlich umgerechnet) lediglich auf das Niveau des gesetzlichen Mindestlohnes angehoben. Was vermutlich dazu führen wird, dass immer mehr Einrichtungen dieser Art schließen werden.

Da die Stadt allerdings schon jetzt ein Problem mit der Zahl der Betreuungsplätze und der Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs hat, handelt die Stadtverwaltung in diesem Fall relativ kurzsichtig. Das Jugendamt hatte Verhandlungen mit Vertreterinnen der Tagesmütter geführt und schlug dem Stadtrat nun diese relativ knappe Steigerung der Geldleistungen vor. Der zuständige Dezernent Paul Bischof (CDU) erklärte, dass es zu einer Einigung zwischen der Stadt und den Tagesmüttern gekommen sei. **FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff** hatte im Vorfeld der Ratssitzung ebenfalls Gespräche geführt, kam jedoch zu dem Ergebnis, dass die jetzt vorgeschlagene Erhöhung nicht bei allen Tagesmüttern auf Zustimmung stößt. Um die Erhöhung nicht gänzlich abzulehnen (so wie die Grünen es taten), enthielt sich die FDP-Fraktion der Stimme. Die Mehrheit beschloss den Verwaltungsvorschlag.

Zahlreiche neue Bildungsgänge an Berufskollegs

Die folgenden Tagesordnungspunkte beschäftigten sich mit der Vergrößerung (Erhöhung der Zügigkeit) von bestehenden Bildungsgängen oder der Einrichtung von neuen Bildungsgängen an verschiedenen Duisburger Berufskollegs. Mehr Plätze werden benötigt bei den Ausbildungen zum „Steuerfachangestellten“, zum „Anlagenmechaniker der Sanitär-, Heizung- und Klimatechnik“, zum „Zweiradmechatroniker der Fahrtechnik“, zum „Mechatroniker für Kältetechnik“ und bei den „Elektronikern für Maschinen und Antriebstechnik“. Ganz neu eingerichtet werden Ausbildungsgänge zum „Eisenbahner im Betriebsdienst Lokführer und Transport“, „Eisenbahner in der Zugverkehrssteuerung“, „Holzmechaniker der Fachrichtung Bauelemente“ und „Holzmechaniker der Fachrichtung Montieren von Innenausbauten“.

Die Berufskollegs stellen diese Anträge, der Stadtrat beschließt die Einrichtung oder Erweiterungen, und der Oberbürgermeister organisiert anschließend die erforderlichen Genehmigungen bei der oberen Schulaufsichtsbehörde.

Schulentwicklungsplan Grundschulen

Die Verwaltung präsentierte den seit vielen Jahren von der Politik geforderten Schulentwicklungsplan für die Grundschulen im Duisburger Stadtgebiet. Darin wurde berechnet, wie viele Kinder in den kommenden Jahren (bis 2027-2028) eingeschult werden, in welchen Stadtteilen diese Kinder leben und wo diese Kinder nahegelegene und geeignete Schulen finden (können). Dabei hat sich herausgestellt, dass es Stadtbezirke gibt, in denen einige Grundschulen voraussichtlich überfüllt sein werden, während es gleichzeitig andere Schulen im selben Bezirk gibt, die freie Kapazitäten haben. Dementsprechend schlug die Verwaltung nun vor, die Schuleinzugsgrenzen derart zu verändern, dass eine Verteilung innerhalb des gesamten Stadtbezirks erfolgen kann.

Weiterhin wurde festgestellt, dass im Duisburger Norden eine neue Grundschule gebaut werden muss, um den dort zu erwartenden Bedarf decken zu können und das in Rheinhausen eine alte, stillgelegte Schule, wieder reaktiviert, saniert und ausgebaut werden soll. An vielen Schulen muss es zudem Erweiterungen oder An- und Umbauten geben, um den wachsenden Bedarf der „offenen Ganztagsbetreuung“ decken zu können.

All dies ist jetzt möglich, weil der städtische Haushalt in den vergangenen Jahren der Niedrigzinsphase deutlich entschuldet wurde (von ca. 1,8 Mrd. € auf ca. 750 Mio. €), was die Stadt zu einem großen Teil unserem Kämmerer und Stadtdirektor Martin Murrack zu verdanken hat. Erwartungsgemäß gab es zahlreiche lobende Wortmeldungen. Der Rat freute sich über die neuen Möglichkeiten und beschloss einstimmig den Schulentwicklungsplan sowie die Um-, Aus- und Neubauten.

Neues Verwaltungsgebäude am Marientor

Die Stadt plant ein neues großes Verwaltungsgebäude auf dem (derzeit zugewachsenen) Parkplatz am Marientor. In einer umfangreichen Verwaltungsvorlage wurde beschrieben, dass dort große Teile der Duisburger Stadtverwaltung einziehen sollen, wodurch zahlreiche Mietverträge mit privaten Vermietern im gesamten Stadtgebiet beendet werden können. Es soll ein Gebäude werden, in dem es keine festen Büros und Arbeitsplätze mehr geben wird, sondern freie Arbeitsbereiche und Gesprächsinseln. Jede/r städtische Mitarbeiter/in soll mit einem Laptop ausgestattet werden und es sollen weder Aktenordner noch Aktenschränke vorhanden sein. Das setzt die vollständige Digitalisierung der gesamten Stadtverwaltung (oder zumindest großer Verwaltungseinheiten) voraus.

Im Moment sind das nur relativ ungenaue Planungen, die weiter konkretisiert werden sollen, wozu der Rat den Oberbürgermeister mit dieser Beschlussvorlage beauftragte.

Gleichzeitig soll die obere Etage in einem städtischen Gebäude auf der Königstraße (ehem. VHS im Käte-Mandel-Haus) bereits jetzt im Sinne der oben beschriebenen „neuen Arbeitswelten“ umgebaut und eingerichtet werden, in die dann im Laufe der Zeit verschiedene Verwaltungseinheiten einziehen sollen und die Arbeit in derartigen Arbeitsräumen probieren bzw. erlernen können. Dafür werden rund 1,6 Mio. € kalkuliert, die der Stadtrat einstimmig beschloss.

Ausbildungen bei der Stadt in 2024

Die neuen finanziellen Freiheiten ermöglichen der Stadt, im kommenden Jahr 333 Nachwuchskräfte einzustellen. Dabei handelt es sich um Auszubildende, Qualifizierungsmaßnahmen und Praktikumsplätze. Das sind 51 Stellen bzw. 18% mehr als im laufenden Jahr. Damit werden sich hoffentlich die spür- und sichtbaren Personalprobleme in vielen Bereichen der Duisburger Stadtverwaltung in einigen Jahren lösen. Auch diese Entscheidung wurde einstimmig gefällt.

Ende der Osttangente - Verkehrsinfrastruktur der nächsten Jahrzehnte

Die Verwaltung hat sich alle Duisburger Brückenbauwerke, Straßen und Verkehrswege angesehen und deren aktuelle Zustände bewertet. Dabei ist ein Plan für alle zukünftig erforderlichen Reparaturen, Sanierungen und Neubauten entstanden. Die Verwaltung schlug vor, alle Arbeiten in Prioritäten einzuteilen, die im Laufe der kommenden Jahrzehnte abgearbeitet werden sollen. Dass Straßen und Brücken saniert und/oder neu gebaut werden müssen, um den vorhersehbar wachsenden Verkehrsströmen gerecht zu werden, erscheint logisch und nachvollziehbar. Die Verwaltung wollte aber auch gleichzeitig (in einem Nebensatz) alle Planungen für die sogenannte Osttangente in Rheinhausen beenden, die eine Verbindung zwischen Logport und der Autobahnauffahrt in Homberg herstellen sollte und bisher als beste Lösung für die LKW-Problematik galt. Allerdings wären zum Bau dieser Umgehungsstraße, die über den Rheinhausener Rheindamm geführt werden sollte, hohe Fördermittel notwendig.

Zur Freude der Duisburger Grünen teilte das zuständige NRW-Ministerium nun mit, keine Fördermittel für den Bau der Osttangente bereitstellen zu wollen, was die Verwaltung zum Anlass nimmt, diese Pläne komplett und endgültig zu begraben. In anderen Fällen der Duisburger Stadtplanung bedeutet eine finanzielle Absage der „höheren Ebene“ nicht das Ende der Pläne, wie es z.B. beim Neubau der A59 ist. Auch in diesem Fall hat die Bundesautobahngesellschaft bereits deutlich mitgeteilt, dass sie eine Untertunnelung der A59 im Bereich Meiderich nicht finanzieren und auch nicht durchführen wird. Dennoch kämpft die Stadt weiterhin für ihre Idee und hat sogar vor, gegen die Pläne des Autobahnbaus zu klagen, wenn diese nicht so ausfallen werden, wie die Stadt es wünscht. Insofern kann man davon ausgehen, dass es eher ideologische Gründe sind, weswegen das Ende der Osttangente nun besiegelt werden soll.

FDP-Ratsherr Oliver Alefs machte deutlich, dass die Freien Demokraten den Bau der Osttangente nach wie vor für die beste Lösung halten, um den unerwünschten LKW- Verkehr durch Rheinhausen zu beenden. Aus diesem Grund hatte die FDP auch einen Änderungsantrag zur Beschlussvorlage gestellt: die Planungen zur Osttangente sollten nicht beendet werden und dementsprechend von den anderen Beschlüssen getrennt abgestimmt werden. Nur die AfD folgte dem Antrag der FDP, alle anderen Fraktionen stimmten für das Ende der Osttangente. Obwohl es auch in den Reihen von SPD und CDU in Rheinhausen vorher äußerst kritische Stimmen gab, demonstrierten die großen Parteien hier „Verwaltungstreue“ und Einigkeit.

Mobilitätskonzept

Unter der Überschrift „Duisburg ist echt lebenswert“ präsentierte die Verwaltung ein Mobilitätskonzept für die kommenden Jahre. Hierin wurde u.a. eine Tempo-30-Zone für die gesamte Innenstadt beschrieben und starke Erhöhungen der Gebühren für Anwohnerparkausweise angekündigt. Obwohl der Oberbürgermeister erklärte, „keine ideologische Verkehrspolitik“ betreiben zu wollen, bewertete der **FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies** die Beschlussvorlage so, dass man beim Lesen deutlich den „Auto-Hass“ spüren könne. Zudem sei ein eindeutiger Widerspruch zur Bevölkerungsbefragung erkennbar, die in einem späteren Tagesordnungspunkt präsentiert wurde. Hier wurden nur 100 Personen zur Mobilität in Duisburg befragt. In der Bevölkerungsbefragung waren es jedoch 25.000, die mehrheitlich offenbar keine Beschneidung bzw. Reduzierung des PKW-Verkehrs wünschen.

Zu diesem Thema gab es zahlreiche ideologische Wortbeiträge und lange Diskussionen. Wilhelm Bies betonte, dass er in einer sicheren Stadt leben möchte, in der Feuerwehr und Rettungswagen schnell zum Einsatzort gelangen können, ohne von verkehrsberuhigenden Maßnahmen ausgebremst zu werden. Die Grünen sahen das anders. Da in der selben Vorlage auch die „Erhaltung, Unterhaltung und Ergänzung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur“ beschlossen werden sollte, sah Wilhelm Bies sogar innerhalb der Vorlage einen Widerspruch. FDP, JuDu und AfD stimmten gegen das vorgelegte Mobilitätskonzept, alle anderen Fraktionen beschlossen es mehrheitlich.

Abriss der Rhein-Ruhr-Halle bei gleichzeitiger Aufstellung von Schul-Containern

Der Rat hatte bereits in einer früheren Sitzung den Abriss der Rhein-Ruhr-Halle beschlossen. Jetzt stehen auch die Kosten dafür fest, die vom Rat erneut beschlossen werden mussten. Rund 2,43 Mio. € werden für den Abriss veranschlagt, den die Duisburger Infrastrukturgesellschaft (DIG) durchführen bzw. organisieren wird. Gleichzeitig möchte die gegenüberliegende Berufsschule auf dem Parkplatz der Rhein-Ruhr-Halle bald 10 Schul-Container aufstellen. Hierin sahen einige Ratsmitglieder einen Widerspruch oder zumindest ein Risiko, denn wie kann in den Containern Unterricht stattfinden, wenn nebenan lautstark eine große Halle abgerissen wird? Der zuständige Dezernent Linne erklärte, dass der Abriss schon im Juni beginnen soll und er hoffe, dass zum Ende der Sommerferien schon ein großer Teil der Halle weg sei, so dass der Unterricht nicht beeinträchtigt würde. Nur die SGU-Gruppe stimmte dagegen, alle anderen beschlossen beide Maßnahmen (Abriss und Container).

Clan-Kriminalität

Unter dem Titel „Kommunale Ordnungspartnerschaft ausbauen“, beschloss der Stadtrat mehrheitlich eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und Ordnungsamt. Dazu stellt die Polizei acht und die Stadt vier Mitarbeiter zur Verfügung, die sich der Bekämpfung von Clan-Kriminalität widmen sollen. Überraschenderweise kam es bei diesem Tagesordnungspunkt zu einer relativ scharfen Diskussion zwischen Grünen und Linken auf der einen Seite und allen anderen Fraktionen auf der anderen Seite. Grüne und Linke sprachen sich gar nicht gegen die Maßnahme an sich aus, sondern störten sich extrem am Wort „Clan-Kriminalität“, dass mehrfach im Beschlussentwurf genannt wurde.

Sie hielten diese Bezeichnung für stigmatisierend und wollten lieber von „ethisch abgeschotteten Subkulturen“ sprechen. Die Linken sahen durch das Wort sogar alle „multikulturellen Strukturen“ kriminalisiert. Es entstand eine aufgeheizte Debatte mit langen Wortmeldungen und gegenseitigen Vorwürfen. Letztendlich enthielten sich die Grünen der Stimme, während die Linke den Beschluss grundsätzlich ablehnte. Alle anderen Fraktionen im Rat lobten die neue Zusammenarbeit, die unter der Bezeichnung ZuSO Duisburg (Zusammenarbeit für Sicherheit und Ordnung in Duisburg) arbeiten soll.

Livestream der Ratssitzungen

Zu später Stunde beschloss der Stadtrat ein Pilotprojekt, indem die kommenden 5 Sitzungen des Rates per Livestream im Internet übertragen werden sollen. Dazu gab es erwartungsgemäß großes Lob aller Fraktionen. Die Fraktion JuDu erklärte, diese Idee bereits 2013 gehabt und beantragt zu haben. **FDP-Ratsherr Wilhelm Bies** entgegnete, dass die Freien Demokraten bereits 2008 den ersten Antrag zu diesem Thema gestellt hatten und das er sich freuen würde, wenn ein Duisburger Unternehmen die Übertragungen durchführen würde. Dabei dachte er an Studio47, die sich in dieser Angelegenheit angeboten hatten. Der Oberbürgermeister antwortete, dass der jetzt ausgewählte Anbieter zwar nicht aus Duisburg komme, „aber aus der Region“. Zudem könne man jetzt in Ruhe die Pilotphase abwarten und danach ggf. den Anbieter wechseln.

In der Pilotphase sollen 3 Kameras aufgestellt werden, die den jeweiligen Redner während seiner Wortmeldung zeigen. Gleichzeitig soll der gesprochene Text in einem unten laufenden Fließband zu lesen sein. Ob und wie das technisch funktioniert und ob es überhaupt ein längerfristiges Interesse der Öffentlichkeit gibt, wird man in den kommenden 5 Ratssitzungen auf der Homepage der Stadt sehen (können). Alle früheren Versuche, eine Livestream-Übertragung der Ratssitzungen durchzuführen, scheiterten am Willen von SPD und CDU. Jetzt fiel die Entscheidung einstimmig aus.

IGA 2027

Die komplette Organisation des Duisburger Teils der „Internationalen Gartenausstellung der Metropole Ruhr 2027“ (IGA 2027) hat der Stadtrat jetzt in die Hände der Wirtschaftsbetriebe gelegt. Bisher gab es in verschiedenen Dezernaten und Ämtern unterschiedliche Zuständigkeiten und wechselnde Mitarbeiter/innen, die alle „irgendwie“ mit der Organisation der IGA 2027 zu tun hatten. Und obwohl es sogar eine Stabsstelle im Dezernat des Oberbürgermeisters gab, haben die verschiedenen Aktivitäten zu keinem nennenswerten Ergebnis geführt, so dass jetzt der Zeitpunkt gekommen schien, alle Aktivitäten und Verantwortlichkeiten zu bündeln. Da die WBD ohnehin (früher oder später) alle in Hochfeld, Wanheimerort und Rheinort vorgesehenen Gartenbauarbeiten durchgeführt hätten, war es ein logischer Schritt, den Wirtschaftsbetrieben auch die Planungen zu übertragen. Während die Grünen betonten, dass sie den Fähigkeiten des WBD-Vorstands Thomas Patermann vertrauten, erklärten die Linken, dass sie der WBD das nicht zutrauen würden. Dementsprechend stimmten sie dagegen, alle anderen Fraktionen stimmten dafür.

Kinderbetreuung für Mandatsträger

An Tagesordnungspunkt 107 stand ein gemeinsamer Antrag von Grünen und Linken, wonach die Verwaltung prüfen sollte, ob sie eine Kinderbetreuung organisieren könne, während Mandatsträger mit kleinen Kindern in Ausschusssitzungen sitzen. Einige Ratsmitglieder sahen in diesem Wunsch eine unzumutbare Sonderbehandlung gegenüber anderen berufstätigen Eltern, die alle Probleme haben, geeignete Betreuungsplätze zu finden. Die JuDu-Fraktion wies darauf hin, dass man laut Gemeindeordnung anfallende Kosten für Kinderbetreuung (z.B. durch eine private Nanny) während der Gremiensitzungen erstattet bekommen könne. Die Fraktion Tierschutz/DAL sorgte mit einer Frage nach geeigneter Hundebetreuung für Empörung. Da es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelte, stimmten außer der AfD alle Fraktionen zu.

Um 21:00 Uhr beendete der OB die öffentliche Ratssitzung und nach einer relativ kurzen, nichtöffentlichen Sitzung, verabschiedeten sich die Mandatsträger in die politische Sommerpause. Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder im September 2023 geplant. Bis dahin wünsche ich Ihnen, auch im Namen unserer drei FDP-Ratsmitglieder **Wilhelm Bies, Oliver Alefs** und **Kira Schulze Lohoff**, erholsame Ferien und eine gute Zeit.

Thomas Wolters



FDP-Fraktionsgeschäftsführer